

Rundschreiben Nr. 242/2021

Digitale Auftakt-Dialogveranstaltung für Amts- und Mandatsträger/-innen zum Umgang mit Bedrohungen und Anfeindungen im Netz am 27. Oktober 2021, 14.00 – 16.00 Uhr

Drohungen, Hassmails und digitale Angriffe gehören nach aktuellen Umfragen für rund zwei Drittel der Bürgermeister/-innen, Landräte/innen und kommunale Mandats- und Amtsträger zum Alltag ihres Amtes. Die zunehmenden Belastungen kommunalpolitischer Amts- und Mandatsträger/-innen sind mit der Gefahr verbunden, dass die Bereitschaft zur Übernahme lokalpolitischer Ämter und Aufgaben sowie demokratischer Beteiligung vor Ort sinkt. Immer wichtiger werden Angebote zur Netzwerkbildung und zur gegenseitigen Unterstützung, die das solidarische Miteinander stärken können, aber auch professionelle Angebote zur Beratung.

Im Rahmen einer Kooperation des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, dem Deutschen Landkreistag, der Bundeszentrale für politische Bildung und den Kommunalen Landesverbänden in Schleswig-Holstein soll der gemeinsame Austausch zum Umgang mit Hetze, Bedrohungen und Konflikten zwischen kommunalen Amts- und Mandatsträger/-innen ermöglicht, bestehende Hilfsangebote sichtbar gemacht und den Teilnehmenden die Möglichkeit zur Vernetzung gegeben werden.

In einer digitalen Auftaktveranstaltung am

**27. Oktober 2021 zwischen 14 und 16 Uhr
per Zoom**

können sich Amts- und Mandatsträger, aber auch Mitarbeiter/innen in Führungsfunktionen in Kommunalverwaltungen in Schleswig-Holstein austauschen, informieren und vernetzen. Darauf aufbauend werden in zwei Modellkreisen gemeinsam mit der Zielgruppe konkrete Bedarfe mit Weiterbildungs- und Beratungsangeboten bearbeitet. Dabei vernetzen sich Verantwortliche in den Kommunen auch mit den vorhandenen Strukturen der Intervention und Beratung sowie Akteuren der lokalen Zivilgesellschaft. Die näheren Einzelheiten zum Modellprojekt, zum Programm der Auftaktveranstaltung und zur Anmeldung sind aus dem beigefügten Programmflyer (**Anlage**) zu entnehmen.

Anmeldungen können bis zum 26.10.2021 unter <https://www.bpb.de/node/340311> erfolgen.

Die Geschäftsstelle bitte die Mitgliedsverwaltungen ausdrücklich auch um Weiterleitung des Rundschreibens an die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker.

* * *

Hinweis zum Download der Rundschreiben und anderer Mitteilungen:

Für alle Mitgliedskörperschaften stehen die Rundschreiben im "Mitgliederservice" auf der Homepage des Städteverbandes Schleswig-Holstein als Datei zur Verfügung.

Kommunale Konflikt- bewältigung

Bürgermeister/-innen und Landrät/-innen im Dialog

27. Oktober 2021, 14.00–16.00 Uhr

Digital: Zoom



Im Rahmen von:



in Zusammenarbeit mit:



Editorial

Kommunalpolitische Amts- und Mandatsträger/-innen sind in der Ausübung ihrer Tätigkeit zunehmend mit besonderen Herausforderungen und Belastungen konfrontiert. Drohungen, Hassmails und Angriffe gehören laut aktuellen Umfragen für rund zwei Drittel der Bürgermeister/-innen zum Alltag ihres Amtes. In diesem Jahr kommen für viele kommunale Amtsträger/-innen Konflikte bedingt durch die einschränkenden Maßnahmen im Zuge der Corona Pandemie hinzu. Die zunehmenden Belastungen kommunalpolitischer Amts- und Mandatsträger/-innen sind mit der Gefahr verbunden, dass die Bereitschaft zur Übernahme lokalpolitischer Ämter und Aufgaben sowie demokratischer Beteiligung vor Ort sinkt, was letztlich die lokale Demokratie unterhöhlt. Angebote zur Netzwerkbildung und zur gegenseitigen Unterstützung, die das solidarische Miteinander stärken können, werden insbesondere in ländlichen Räumen deshalb immer wichtiger. Die Dialogveranstaltung, vorbereitet im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Landkreistag und der Bundeszentrale für politische Bildung, will den Austausch zum Umgang mit Hetze, Bedrohungen und Konflikten zwischen kommunalen Amts- und Mandatsträger/-innen ermöglichen, bestehende Hilfsangebote sichtbar machen und den Teilnehmenden die Möglichkeit zur Vernetzung geben. Die Veranstaltung richtet sich an Bürgermeister/-innen, Landrät/-innen und Verwaltungsmitarbeitende in Schlüsselfunktionen in Schleswig-Holstein.

¹ Ergebnisse der Zeitschrift KOMMUNAL im Auftrag des ARD-Politmagazins „Report München“ vom 27.04.2021 sowie der Körber-Stiftung und der forsa vom 29.04.2021.

Programm

Mittwoch, 27. Oktober 2021

ab 13.45 Uhr	Ankommen
-----------------	----------

14.00 – 14.15 Uhr	Begrüßung Lan Böhm , Leiterin des Fachbereichs „Politische Bildung im ländlichen Raum“; Bundeszentrale für politische Bildung Reinhard Sager , Landrat im Kreis Ostholstein, Präsident des Deutschen Landkreistags
----------------------	---

14.15 – 14.30 Uhr	Impuls Perspektiven der Betroffenen Volker Hatje , Bürgermeister der Stadt Elmshorn Meinhard Füllner , Kreispräsident, Kreis Herzogtum Lauenburg
----------------------	--

14.30 – 15.15 Uhr	Fachaustausch Moderierter Austausch zwischen Amts- und Mandatsträger/-innen in Kleingruppen
----------------------	---

15.15 – 15.25 Uhr	Impuls Sicherheit für Amts- und Mandatsträger/-innen und Personen des öffentlichen Lebens Kay Katzenmeier , Landespolizeiamt Schleswig-Holstein
----------------------	---

15.25 – 15.45 Uhr	Impuls Angebote des Landespräventionsrates und des Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein Stefan Reimann und Maria Pape , Landesdemokratiezentrum
----------------------	--

15.45 – 16.00 Uhr	Abschluss und Ausblick auf kommende Veranstaltungen
----------------------	--



Aus der Praxis

KommKon – Ein Kooperationsprojekt der BpB, des DLT und des DStGB

Im Rahmen des Kooperationsprojekts zwischen dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und der Bundeszentrale für politische Bildung werden Angebote geschaffen, die den Austausch zum Umgang mit Beleidigungen, Bedrohungen und Konflikten zwischen kommunal Verantwortungstragenden ermöglichen, bestehende Hilfsangebote sichtbar machen und die Möglichkeit zur Vernetzung geben. Dazu finden in vier Bundesländern (Sachsen, Schleswig-Holstein, Hessen und Brandenburg) zunächst Dialogveranstaltungen auf Landesebene statt. Darauf aufbauend werden in jeweils zwei ausgewählten Modelllandkreisen gemeinsam mit der Zielgruppe konkrete Bedarfe mit Weiterbildungs- und Beratungsangeboten bearbeitet. Dabei vernetzen sich Verantwortliche in den Kommunen auch mit den vorhandenen Strukturen der Intervention und Beratung sowie Akteuren der lokalen Zivilgesellschaft. Dies ermöglicht langfristig einen niedrigschwelligen Austausch zu ähnlich gelagerten Herausforderungen in den Gemeinden. Bei der Umsetzung werden lokale Expertisen und Ressourcen berücksichtigt.

Angebote des DStGB und des DLT zum Umgang mit Hass und Bedrohungen im Amt

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und der Deutsche Landkreistag (DLT) setzen sich bereits seit langem für den besseren Schutz von Kommunalpolitiker/-innen vor Hass und Bedrohungen und Angriffen ein. Mit einem Positionspapier hat sich der DStGB bereits frühzeitig zu der Thematik positioniert. Mittlerweile kann durch mehrere repräsentative Umfragen der Zeitschrift „Kommunal“, der Körber-Stiftung und dem Meinungsforschungsinstitut Forsa die derzeitige Situation und Entwicklung der Hasskriminalität gegenüber Kommunalpolitiker/-innen anhand von Daten belegt werden. Der DStGB, DLT und der Deutsche Städtetag bereiten zudem aktuell mit dem Bundeskriminalamt ein kommunalpolitisches Monitoring vor, mit dem eine valide Datenbasis geschaffen werden soll, um die aktuelle Situation sowie die Entwicklung in den kommenden Jahren von Hass und Bedrohungen auf kommunaler Ebene erfassen und konkrete Unterstützungsangebote und Maßnahmen schaffen zu können. Der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich dem Thema persönlich angenommen und in mittlerweile drei Veranstaltungen mit Kommunalpolitiker/-innen unter Beteiligung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ausgetauscht und seine Unterstützung zugesagt. Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten wurde in Kooperation mit der Körber Stiftung mit den Kommunalen Spitzenverbänden das digitale Portal „Stark im Amt“ entwickelt, das als zentrale Anlaufstelle, die Volksvertreter/-innen auf kommunaler Ebene mit Informationen und Orientierung im Themenfeld versorgt. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städtetag und dem Nationalen Zentrum für Kriminalprävention eine Broschüre mit wichtigen Hinweisen zum Umgang mit Bedrohungen und Hass für Kommunalpolitiker/-innen erarbeitet und veröffentlicht.

Angebote des Landespräventionsrates und des Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein

Der Landespräventionsrat Schleswig-Holstein (LPR) setzt sich dafür ein, Kriminalität in Schleswig-Holstein vorzubeugen und das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu stärken. Hierzu analysiert er die Entwicklung und Ursachen der Kriminalität, berät die Landesregierung in kriminalpolitischen Fragen und vermittelt wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen. Er vernetzt und fördert staatliche und nichtstaatliche Organisationen, Institutionen und Einrichtungen, die sich damit befassen, der Entwicklung und den Ursachen von Kriminalität sowie Extremismus in Schleswig-Holstein entgegenzuwirken und die kommunale Prävention zu stärken.

Das beim LPR angebundene Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein (LDZ) ist zuständig für die Bereiche der Extremismusprävention und -intervention sowie Demokratieförderung. Schwerpunkte liegen auf den Bereichen Rechtsextremismus, religiös motiviertem Extremismus sowie anderen rechtsstaats- und demokratiefeindlichen Phänomenen. Als Teil des LPR ist das LDZ eine Schnittstelle zwischen nichtstaatlichen und staatlichen Institutionen. Kern der Tätigkeit ist die Förderung und Zusammenarbeit mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen und landesweit tätigen Beratungs-, Fach- und Informationsstellen. Das LDZ und seine Beratungsstellen spannen ein landesweites Netzwerk, das sich an alle Menschen und Institutionen richtet, die sich aufgrund von menschenfeindlichen Angriffserfahrungen verunsichert und beeinträchtigt fühlen oder dagegen aktiv werden möchten. Das Beratungsangebot richtet sich daher auch an Menschen, die aufgrund ihrer beruflichen oder politischen Tätigkeit von Hasskommentaren oder Angriffen betroffen sind. Die Beratungsstellen bieten einen niedrigschwelligen Zugang und unkomplizierte Hilfestellungen, die von der Thematisierung von Auswirkungen bis hin zu konkreten Handlungsempfehlungen reichen.



Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 26.10.2021 unter <https://www.bpb.de/node/340311> für die Veranstaltung an. Für organisatorische und technische Fragen bezüglich Ihrer Teilnahme wenden Sie sich bitte an sara.schmidt@bpb.de.

Nach Eingang Ihrer Anmeldung erhalten Sie zeitnah eine Bestätigung und die Zugangsdaten für die digitale Teilnahme. Die Veranstaltung wird auf der Plattform Zoom stattfinden.

Wir weisen darauf hin, dass die Teilnehmer/-innen der digitalen Veranstaltung die Onlinedienste in eigener Verantwortung nutzen. Wir machen auch darauf aufmerksam, dass der Anbieter die Daten seiner Nutzenden entsprechend seiner Datenschutzrichtlinien abspeichert. Die bpb hat keinen Einfluss auf Art und Umfang der durch den Anbieter erarbeiteten Daten, die Art der Verarbeitung und Nutzung oder die Weitergabe dieser Daten an Dritte. Selbst bei Vorliegen einer Auftragsverarbeitung im Sinne des Art. 28 DSGVO hat die bpb keine abschließende Kontrollmöglichkeit. Für die detaillierte Darstellung der Verarbeitungsformen verweisen wir auf die Datenschutzerklärung und Angaben des Anbieters: <https://zoom.us/de-de/privacy.html>

Noch mehr Informationen zum Datenschutz bei der bpb erhalten Sie hier: <https://www.bpb.de/datenschutz>

Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Termin

27.10.21, 14.00 – 16.00 Uhr

Für

Bürgermeister/-innen, Landrät/-innen und Verwaltungsmitarbeitende in Schlüsselfunktionen in Schleswig-Holstein

Kontakt

Bundeszentrale für politische Bildung
Sara Schmidt (sara.schmidt@bpb.bund.de)
www.bpb.de

Deutscher Landkreistag
Dr. Klaus Ritgen (Klaus.Ritgen@landkreistag.de)
www.landkreistag.de

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Miriam Marnich (miriam.marnich@dstgb.de)
www.dstgb.de

Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag
Jörg Bülow (info@shgt.de)
www.shgt.de

Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
Evelyn Dallal (evelyn.dallal@sh-landkreistag.de)
www.sh-landkreistag.de

Städteverband Schleswig-Holstein
Claudia Zempel (claudia.zempel@staedteverband-sh.de)
www.staedteverband-sh.de

Pressekontakt

Bundeszentrale für politische Bildung / bpb
Stabstelle Kommunikation
Adenauerallee 86
53113 Bonn
Tel +49(0)22899515-200
presse@bpb.de

Eine Veranstaltung im Rahmen von:



Eine Kooperation von:

